

PRESSEMITTEILUNG

Selling: Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber ziehen an einem Strang

Ministerpräsident Erwin Selling hat heute mit Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eine „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartnerschaft im Land Mecklenburg-Vorpommern“ unterzeichnet.

Die Hauptrunde des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit hatte auf ihrer Sitzung im Januar beschlossen, eine solche Erklärung vorzubereiten.

„Wir wollen den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft sichern. Das gelingt aber nur, wenn es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen gibt. Voraussetzungen dafür sind gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Tarifverträge tragen dazu bei. Ich bin froh, dass wir uns auf die Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartnerschaft im Land verständigt haben. Das zeigt: Landesregierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ziehen beim Thema Fachkräfte an einem Strang“, erklärte Ministerpräsident Erwin Selling anlässlich der Unterzeichnung.

LReg

Schwerin, 09.05.2011

Nummer: 121/2011

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1030
Telefax: +49 385 588-1038
E-Mail:
pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/stk

V. i. S. d. P.: Andreas Timm

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STÄRKUNG DER TARIFPARTNERSCHAFT IM LAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

Der demographische Wandel ist eine der besonderen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, um ein attraktives, zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern zu gestalten. Für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern kommt der Sicherung von ausreichend qualifizierten Fachkräften eine Schlüsselstellung zu. Attraktive und marktfähige Entgelt- und Arbeitsbedingungen sind entscheidende Faktoren im zunehmenden Wettbewerb um geeignete Auszubildende und qualifizierte Arbeitskräfte. Sie tragen dazu bei, Fachkräfte für den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen und am Standort zu binden.

Die Partner des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes haben sich im Januar 2011 auf ein Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern verständigt. In diesem wurden vor allem arbeitsmarkt- und bildungspolitische Handlungsfelder herausgearbeitet und neue konkrete Maßnahmen vereinbart. Dabei kommt den Tarifvertragsparteien eine besondere Rolle zu, weil sie im Rahmen der nach Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie Arbeits- und Entgeltbedingungen selbstständig regeln können – ohne staatlichen Einfluss.

Die Landesregierung und die beteiligten Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, dass die Tarifautonomie einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewährleistet. Im internationalen Wettbewerb hat sich die Tarifautonomie – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – als ein wichtiger Standortfaktor bewährt.

Die Landesregierung und die Tarifvertragsparteien sind sich in diesem Kontext einig, dass in Tarifverträgen geregelte Entgelt- und Arbeitsbedingungen eine wichtige Grundlage für die Wirtschaft darstellen, um im Wettbewerb um knapper werdende Fachkräfte und Auszubildende erfolgreich zu sein. Damit stellt die Anwendung der Flächentarifverträge ein Gütezeichen für eine zukunftsorientierte Personalpolitik in den Unternehmen dar. Dies zeigt sich auch durch attraktive Ausbildungsvergütungen und Regelungen zur Bindung der Ausgebildeten an die jeweiligen Unternehmen.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und die beteiligten Sozialpartner werben deshalb für eine stärkere Tarifbindung als ein wirksames Instrument der Fachkräftesicherung. Sie vereinbaren vor diesem Hintergrund folgende Empfehlungen:

- Die Tarifvertragsparteien werden weiterhin daran arbeiten, die Flächentarifverträge entsprechend der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln. Auf dieser Basis setzen sich die Landesregierung und die Tarifpartner für eine stärkere Beteiligung der bisher nicht organisierten Unternehmen und Beschäftigten ein und treten für starke Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ein.
- Die Landesregierung wird bei Gesprächen mit Unternehmen auf die Bedeutung der Flächentarifverträge und die Mitgliedschaft bei den Tarifpartnern hinweisen. Dies geschieht auch bei der Vergabe öffentlicher Fördergelder.
- Die Landesregierung wird regelmäßig mit den Tarifpartnern der einzelnen Branchen aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erörtern.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von

Erwin SELLERING, Ministerpräsident,
Jürgen SEIDEL, Minister für Wirtschaft, Arbeit und
 Tourismus,
Stephan ENZMANN, Industriegewerkschaft Bergbau,
 Chemie, Energie Landesbezirk Nordost,
Dr. Paul KRIEGELSTEINER, Arbeitgeberverband
 Nordostchemie e. V.,
Heino BADE, Industriegewerkschaft Metall Bezirk Küste,
Edgar WONNENBERGER, Nordmetall – Verband der Metall-
 und Elektroindustrie e. V.,
Thomas WIESE, Industrieverband Technische
 Gebäudeausrüstung Mecklenburg-Vorpommern,
Gunther KENK, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-
 Gaststätten Region Mecklenburg-Vorpommern,
Sven NAUCKE, Nordernahrung – Arbeitgeberverband der
 Ernährungsindustrie Hamburg/Schleswig-
 Holstein/Mecklenburg-Vorpommern e. V.,
Ernst HEILMANN, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Landesbezirk Nord,
Dierk BÖCKENHOLT, Einzelhandelsverband Nord. e.V.